

Kritik als Majestätsbeleidigung

Grüne Cornelia Berndt: Keine Stimmungsmache zur Brückenspernung / Niemand will die Laga zum Spielball machen

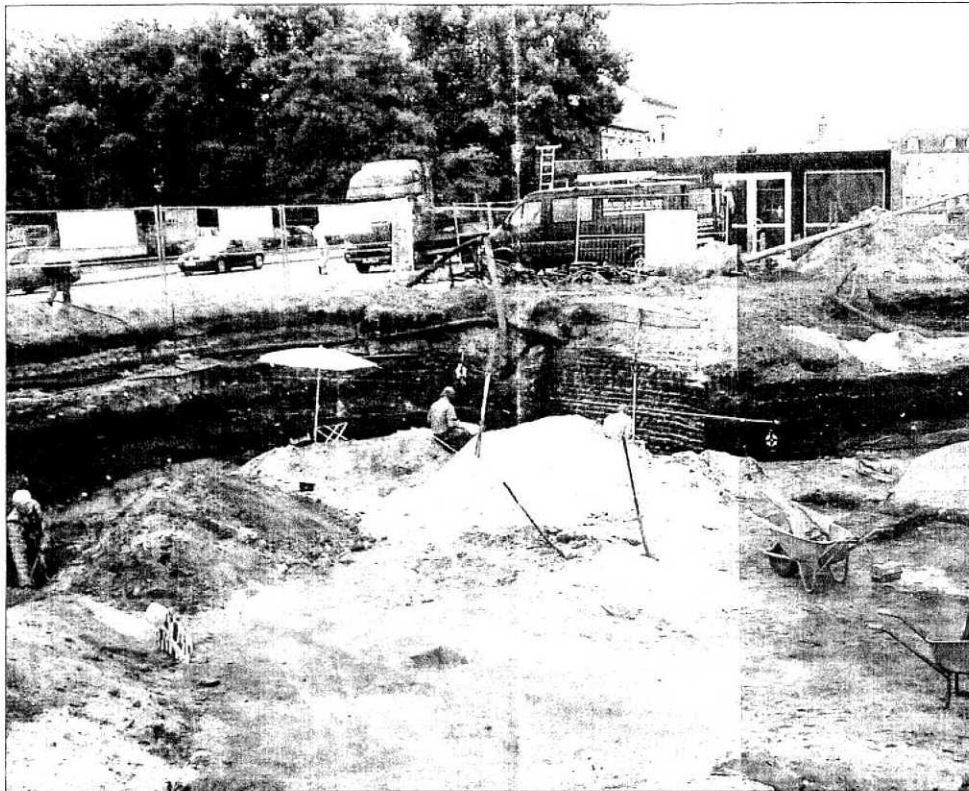
Von Friedhelm Brennecke

ORANIENBURG • Der Neubau der Schlossbrücke und die damit verbundene Vollsperrung der B 273 für voraussichtlich drei Monate erhitzt die Gemüter in Oranienburg. Vor allem die Kritik von Baustadtrat und Bürgermeister in Richtung City Gemeinschaft und CDU-Stadtvorstand wird nun heftig kritisiert.

„Die Lösung der Probleme liegt im Miteinander und nicht in der Stimmungsmache“, hatte Baustadtrat Frank Oltersdorf (SPD) für eine sachliche Herangehensweise plädiert und davor gewarnt, die Laga zum wahltaktischen Spielball werden zu lassen.

„Wenn Herr Oltersdorf so die momentane Situation und Diskussion zur beabsichtigten Brückenspernung umschreibt, würde ich ihm gerne Recht geben. Allein mir fehlt der Glaube, dass diese Worte aus dem Munde des Baustadtrates seiner realen Überzeugung entsprechen“, sagt Cornelia Berndt, die Stadtverordnete der Grünen.

Frau Berndt verweist darauf, dass Oltersdorf erst nach ihrer eindringlichen Nachfrage im Bauausschuss am 12. Juni erstmalig eine voraussichtliche Sperrung der Schlossbrücke von fünf Monaten bekanntgegeben habe. Ein Eilantrag der Grünen und ein fast gleich lautender Antrag der CDU mit dem Ziel, eine Sperrung zu verhindern, sei dann am 21. Juni im Hauptausschuss durch einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen modifiziert worden. Schließlich habe die Stadtverordnetenversammlung am 4. Juli beschlossen, in einer Bauausschuss-Sondersitzung bis zum 31. Juli Möglichkeiten zu prüfen, wie



An der Ecke Schlossplatz/Breite Straße wird schon heftig gebuddelt. Dort sind die Archäologen im Untergrund derzeit emsig damit beschäftigt, Spuren des alten Oranienburg freizulegen. Oben, am Standort der ehemaligen Staatsbank, wurden gestern Container aufgestellt. Sie sollen ab September die Info-Box der Landesgartenschau 2009 beherbergen. Foto: Brennecke

eine Brückenspernung auf ein Minimum zu reduzieren sei, so Cornelia Berndt.

Bekanntlich fand die Sitzung nicht statt. Ersatzweise sei den Mitgliedern des Bauausschusses ein Schreiben des Baudezernenten zugegangen. „Dessen Inhalt ist eine

Rechtfertigung, dass Straßensperrungen unabwendbar sind und dass die Stadtverwaltung wenig Einfluss auf Vergabeordnung, Bauleitpläne, Archäologen und Winterwetter hat. Mit anderen Worten: die Sichtweise der Verwaltung ist die einzig richtige

“, so die heftige Kritik von Cornelia Berndt. Der Wille der Stadtverordneten sei nicht urgesetzt worden.

„Das Miteinander, das der Baustadtrat jetzt anmahnt, sei nicht unbedingt glaubwürdig. „Denn ich kann aus der Vergangenheit genügend Beispi-

le anführen, in denen die Stadtverordneten nicht, halb, verspätet oder zögernd informiert wurden“, klagt Cornelia Berndt. Selten habe es eine kooperative Zusammenarbeit gegeben. „Stattdessen werden wir immer wieder mit Schadensbegrenzung und nach-

träglicher, oft mühseliger Nachbearbeitung beschäftigt“, schimpft die Stadtverordnete. Sie nennt Beispiele. Etwa bei der Gestaltung der Ortsmitte von Schmachtenhagen, bei den geplanten Baumfällungen auf dem Laga-Gelände oder dem Ausbau der Richard-Wagner-Straße.

„Ich kann nicht nachvollziehen, dass die Wahrnehmung originärer Aufgaben als Stadtverordnete, nämlich die Bürgerinteressen, vom Baustadtrat als Stimmungsmache bezeichnet wird. Mir ist auch kein Stadtverordneter bekannt, der die Laga zum Spielball für was auch immer machen will“, stellt die Grüne fest. Sie habe „langsam das subjektive Empfinden“, dass alles der Laga untergeordnet werden solle und „kritisches Hinterfragen als Majestätsbeleidigung ausgelegt wird. Oder gibt es in Oranienburg Personen, die an einem Laga-Koiler leiden?“, fragt Cornelia Berndt nach.

Ähnlich sieht es der Wensickendorfer Werner Bors. „Ich kann kaum fassen, dass der Baustadtrat davor warnt, die Laga zum Spielball zu machen. Darum geht es doch gar nicht und auch nicht um Wahlkampf. Niemand will den Glücksfall Laga für Oranienburg in Misskredit bringen. Es geht doch nur um Informationen der Stadtpolitik gegenüber den Bürgern und Gewerbetreibenden“, stellt Bors klar. Es sei wie so oft in der Stadt, dass Betroffene nicht wirklich in die Planung mit einbezogen würden, bemängelt Bors. Über ein Miteinander, wie es Oltersdorf fordere, würden sich Unternehmer und Bürger hingegen sicher sehr freuen und dann zum gemeinsamen Gelingen beitragen, ist Bors überzeugt.